

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riessa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonton: Dresden 1532  
Bezirksamt Riessa Nr. 52

Nr. 292.

Montag, 15. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3 mm breite, 4 mm hohe Grundschreibzeile (6 Zeilen 25 Gold-Pfennige, die 8 mm breite Reklamschreibzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Nullschlag, feste Zeilen, Vertikale, Fahnen, etc. nicht, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Schließung Anzeigungsverträge: Erzähler u. d. Elbe. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beibrückungsbetriebsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Weiter- oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Nachlieferung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winteritz, Riessa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riessa.

## Rücktritt — und was dann?

Das Reichskabinett will also heute, Montag, seine Demission vollziehen. Die Bahn soll frei gemacht werden für offizielle Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts, da schon am Dienstag die Deutschnationalen und die Demokraten, am Mittwoch die Volksparteier und das Zentrum, am Donnerstag die Sozialdemokraten ihre ersten Fraktionsversammlungen abhalten. Wer aber zunächst vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt werden wird und welche Aussichten für das Zustandekommen einer festen Regierung bestehen, darüber herrscht eine Unklarheit, die nicht ab — sondern zunimmt. Dieses Erfolges dürften sich die Streiter der Linken immerhin rühmen. Zu ihnen gehört der sehr rührige Gewerkschaftsführer des Zentrums, dem es gelungen ist, in einer Sitzung, an der auch Herr Marz teilnahm, die Parole durchzusetzen: in Preußen sollen die Deutschnationalen, im Reich Neutralität, wenn ein Reichskabinett unvermeidlich ist.

Die Besuche der Parteiführer beim Reichskanzler Marz haben über die Kabinettsneubildung im Reich um so weniger Klarheit gebracht, als über „Thema“ gar nicht gesprochen wurde. Nur die Sozialdemokraten teilten dem — offenbar recht überraschten — Kanzler mit, daß sie für eine Linksbündelung seien und andererseits Opposition mit allen Mitteln machen würden. Da ja — aber was wird nun geschehen? Die Initiative könnte nicht vom Zentrum ausgehen, verkündet die „Germania“, und der ganze Chor der Linken ruft nach Dr. Stresemann. Aber es ist wenig Liebe und Treue und reichlich viel Faltschheit dabei. Der freundliche Plan ist so gedacht: unter „neutraler“ Zurückhaltung des Zentrums soll eine „Rechtsregierung“ unter Stresemann kommen, der man alle außenpolitischen Schwierigkeiten der nächsten Zeit ausser Acht lassen will und im Innern soviel Hindernisse in den Weg legen will, daß sie bald abgewirkt hätte. Und dann soll natürlich eine Linksbündelung in Gang und Gloria ziehen. Aber so werden die Dinge denn doch nicht laufen. Dr. Stresemann — der übrigens gesundheitlich so angegriffen ist, daß er sich auf eine Woche in ein Sanatorium begeben muß — hat nach allem, was man hört, nicht die mindeste Absicht, wieder Reichskanzler zu werden; und die D. W. denkt nicht daran, sich mit einer „Neutralität“ des Zentrums zu begnügen. Sie fordert ein klares Ja oder Nein.

Nebenbei sei bemerkt, daß die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten noch keineswegs akut ist. Die Nachwahl von einer Kandidatur Dr. Jarres wird nicht von vorkommender Seite bestritten und kann sich auf seinen Beschluß stützen, sondern höchstens auf eine vertrauliche Unterhaltung, der noch viele andere folgen mögen. Gerade im gegenwärtigen Moment, da vor dem Magdeburger Schöffengericht die politische Vergangenheit des Herrn Ebert von allen Seiten beleuchtet wird, erscheint es uns ungewöhnlich, Kandidaturen für die Nachwahl zu erörtern; wie wir uns auch an der politischen Kommentierung eines noch nicht abgeschlossenen Prozesses keinesfalls beteiligen möchten.

Was nun zurück zu unserer Frage: was dann? Das Zentrum wird, es mag wollen oder nicht, vor die Entscheidung gestellt werden, ob es eine Regierungserweiterung nach rechts aktiv mitmacht. Und die Antwort wird ihm nicht so leicht werden, wie die Linke und auch der größte Teil der Zentrumspresse es jetzt darstellt. Schon haben die Geheimen Bauernvereine sich für einen „Rechtssozialismus“ in Preußen und im Reich ausgesprochen; andere Wirtschaftskreise werden folgen und beweisen, daß das Zentrum nicht seine Gewerkschaftspolitik treiben kann, ohne die Wartezeit zu zerkleinern. Wenn die Volksparteier und, wie es scheint, auch die Deutschnationalen, den Kanzlerposten nicht wünschenswert man nach einem Kandidaten im rechten Zentrum oder in einer anderen Mittelpartei oder auch außerhalb der Parteien suchen müssen. Der Reichspräsident hat aber zunächst die parlamentarischen Möglichkeiten zu erschöpfen und nicht den fraktionellen eulentischen Beschlüssen zu erweichen. Langsam ist vor allem die Weisung, mit der von der Linken die ganze Frage der Kabinettsneubildung behandelt wird. Die persönliche Polemik treibt fast noch größere Blüten als im Wahlkampf. Jene ein sachlicher Grund für diese Deffnung der Pandora-Buche ist nicht zu finden.

## Reichstag am 5. Januar.

Berlin. (Frankfurt.) Wie wir hören, kann nunmehr mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß der Reichstag am Montag, den 5. Januar zusammentreten wird.

## Der „Erfolg“ der Splitterparteien.

Bei der Wahl zum Reichstage blieben folgende Parteien und Gruppen ohne Vertretung:

Sozialdemokratische Partei	10 188 Stimmen
Unabhängige Soz. Partei	98 533 Stimmen
Landvolk	193 Stimmen
Deutsche Volkspartei u. Aufbau-Partei	92 556 Stimmen
Freiwirtschaftsbund FFB	39 162 Stimmen
Deutschnationale Partei und Reichsbund für Aufwertung	157 835 Stimmen
Christlich-sozial. Volksgem. Deutschlands	41 378 Stimmen
Nationale Völkervereinigung Deutschlands	92 555 Stimmen
Deutschnationale Volkspartei	3 883 Stimmen
Natw.- und Wideraufbau-Partei	23 281 Stimmen
Nieder-Partei Deutschlands	283 Stimmen
Partei für Volkswirtschaft	32 286 Stimmen
Deutschnationale Volkspartei	4 342 Stimmen

## Das amtliche Wahlergebnis im Kreise Ostschlesien.

Der Kreiswahlausschuss für Ostschlesien hielt am Sonntag abends 7 Uhr in den Räumen der Kreisbauernschaft seine Schlußsitzung ab. Die Leitung lag in den Händen des Oberregierungsrats Dr. Puhner, der den erkrankten Geheimen Regierungsrat Dr. v. Degenhoff vertrat. In der Sitzung nahmen im übrigen teil Rechtsanwalt Dr. Kurt Philipp (Deutschnat.), Generalsekretär Dickmann (D. Vp.), Stadtverordneter Lehrer Claus (Dem.) und Stadtverordneter Schriftleiter Hinkert (Soz.). Es wurden folgende Feststellungen gemacht:

Die Zahl der Stimmberechtigten im Wahlkreise Ostschlesien beträgt 1 204 148. Insgesamt sind am 7. Dezember 1 004 730 Stimmen abgegeben worden. Davon sind 996 416 gültig und 8314 unwirksam. Stimmzettel wurden 12 739 abgegeben. Auf je 60 000 gültige Stimmen entfiel ein Abgeordneter. Es sind im Wahlkreise Ostschlesien also im ganzen 13 Abgeordnete erwählt worden. Die 216 416 Wahlstimmen wurden dem Reichswahlleiter in teileilt.

Die gültigen Stimmen verteilten sich auf die einzelnen Wahlvorschläge wie folgt:

Partei	Stimmen	Stimmen
1. Sozialdemokratische Partei	371 560	19
2. Deutschnationale Volkspartei	234 086	10
3. Deutsche Zentrumspartei	15 338	0
4. Kommunisten	64 669	2
5. Deutsche Volkspartei	146 468	6
6. Nationalsozialist. Freiheitsbewegung	15 153	1
7. Deutsche demokratische Partei	80 328	4
8. Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes	38 523	2
9. Deutsch-Sozial. Partei	10 137	0
10. Reichsbund für Aufwertung	9 165	0
11. Völkische Volkspartei	4 392	0
12. Bauern-Bund	3 016	0
13. Unabhängige sozialdemokratische Partei	3 285	0
14. Christlich-sozial. Volksgemeinschaft	2 210	0
15. Freiwirtschaftsbund FFB (Freiland-Freieid)	535	0
16. Polnische Volkspartei	261	0

## Amthliches Ergebnis der braunschweigischen Landtagswahlen.

Braunschweig. Nach dem nunmehr festgestellten amtlichen Ergebnis der braunschweigischen Landtagswahlen entfielen auf die einzelnen Parteien folgende Stimmenzahlen und Sitze:

Partei	Stimmen	Sitze
Sozialdemokratische Partei	103 463	19
Deutschnationale Volkspartei	51 289	10
Zentrum	4 359	0
Kommunisten	12 527	2
Deutsche Volkspartei	47 526	9
Nationalsoz. Freiheitsbewegung	9 479	1
Demokratische Partei	14 775	2
Wirtschaftliche Einheitsliste	23 030	4
Braunschweig.-niederdeutsche Partei	8 791	1
Unabhängige Soz.	1 719	0
Ungültig	3 188	0

## Reichsminister Dr. Jarres kandidiert nicht für den Reichspräsidentenposten.

Karlsruhe. Der Vertreter der Telegraphen-Union nahm am Sonntag Gelegenheit, den zu einer Gedächtnisfeier für Hans Thoma in Karlsruhe anwesenden Reichsminister des Innern Dr. Jarres über die von der Germania gebrachte Meldung über seine angebliche Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu befragen. Reichsminister Dr. Jarres erklärte, daß er schon mit Rücksicht auf seine persönlichen und dienstlichen Beziehungen zu dem Reichspräsidenten und zu dem Reichskanzler aus dem politischen Bereich sei, daß sein Name mit der im Sommer 1925 stattfindenden Reichspräsidentenwahl in Verbindung gebracht werde. Wie bekannt, beabsichtigt Dr. Jarres sofort nach Bildung des neuen Kabinetts aus der Politik auszusteigen, um seine kommunale Tätigkeit wieder aufzunehmen, die vor zwei Jahren durch seine Ausweisung unterbrochen wurde.

## Die Auswirkung der Krankheit Herrriots.

„Echo de Paris“ und „Ere Nouvelle“ über einen Regierungswechsel.

Paris. „Echo de Paris“ und „Ere Nouvelle“ beschäftigen sich heute in längeren Ausführungen mit den politischen Folgen, die eine längere Dauer der Erkrankung Herrriots haben könnten. „Echo de Paris“ schreibt, wenn der Krankheitszustand des Ministerpräsidenten weiter erhitze, müsse man mit der Demission des Kabinetts rechnen. Schon spreche man von Painleve als eventuellem Nachfolger Herrriots. Auch andere Namen würden genannt. Aber alle diese Voraussetzungen seien zweifellos verflüchtigt. Auch „Ere Nouvelle“ hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Gesundheitszustand Herrriots politische Veränderungen notwendig machen werde. Das Blatt schreibt: Dem jetzigen Ministerium ist in solchem Maße der Wille des Ministerpräsidenten aufgedrückt, daß man nicht recht erkennt, wie ohne ihn der Eindruck erweckt werden soll, daß eine Regierung vorhanden ist. Wichtige Debatten liegen bevor, u. a. die über die Vorkat bei Ostafrika und die über die Annexion. Welche glänzenden Eigenschaften auch Herrriots Mitarbeiter immer haben, immer kann in diesen wichtigen Entscheidungen die Verantwortlichkeit übergeben. Man muß also einen Ministerpräsidenten haben. Daher ist es notwendig, wenn Herrriot länger Zeit ausspannen müßte, daß er von einem

Republikaner, der von gleichen Idealen und von der gleichen demokratischen Leidenschaft befeuert ist, ersetzt wird. Was auch immer kommen wird, das Kartell der Linken bleibe bestehen.

## Wider ein deutscher Offizier beurteilt.

Paris. (Frankfurt.) Wie dem Paris Journal aus Mexiko berichtet wird, hat vorerster ein französisches Kriegsgericht wiederum einen deutschen Offizier in Abwesenheit verurteilt. Es ist der deutsche Oberst v. Gemmingen, der bei Verdun im September 1914 einen französischen Gefangenen tötete, ohne daß er ihn vorher vor ein Kriegsgericht gestellt haben soll. Von Gemmingen wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Das Urteil an dem Offizier, so wird von den Blättern festgestellt, sei, daß das Kriegsgericht selbst erklärt habe, es sei nicht möglich, das Urteil zu indultieren, das abends im Hofe der Kommandantur erlassen worden sei.

## Militärkontrolle und Räumung.

London. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Großbritannien werde darauf bestehen, daß die internationalisierte Militärkontrollkommission ihren endgültigen Bericht zu einem bestimmten Zeitpunkt einliefern, damit die Frage der Räumung Böns durch Großbritannien vor dem 10. Januar 1925 in gewisser Weise festgelegt werden könne. Die juristischen Gesichtspunkte des Verfalls des Vertrages entschieden werden könne. Doch werde in britischen Kreisen allgemein angenommen, daß der endgültige Bericht der Kommission für Deutschland nicht so unangenehm sein werde, wie in weiten Kreisen vermutet werde. Das gleiche gelte von den letzten vorläufigen Berichten, die, wie behauptet werde, schwere Vorwürfe gegen den Verfall des Vertrages enthalten könnten. Der Berichterstatter erklärt, er höre, daß dies nicht die Auffassung sei, die von der Mehrheit der militärischen Sachverständigen angenommen werde, auf deren Urteil und Rat die britische Regierung natürlich in jedem Falle vertrauen würde. Keine ernste Bedenken bestehen, weil demgegenüber die britischen Staatsanwälte infolge des Vorhandenseins von irregulären Körperlichkeiten klarer seien, denn diese seien nicht in modernem Sinne bewaffnet. Ebenso sei das Reichswahlrecht um in keiner Weise mit dem früheren Generalstab zu vergleichen. Die die Schulpolizei werde velleut eine Reform nötig sein, um ihr einen weniger militärischen Charakter zu geben, hier sei aber zu berücksichtigen, daß die Verbreiter und der Vöbel reichlichen Gebrauch von Waffen machen, so daß die Polizei nicht nur mit Gummiknüppeln auskommen könne. Anschließend an diese Ausführungen bemerkt der Berichterstatter, es bleibe wahrscheinlich, daß die von der Kommission angeführten Vorwürfe gegen die Abrüstungsbestimmungen die Räumung des Rheinlandes über den 10. Januar hinaus verzögern würden.

Der Berichterstatter der „Weltwirtschaftlichen Gazette“ berichtet, das Ordnen und Vereichen der bisherigen Berichte der Militärkontrollkommission dürfte drei Wochen beanspruchen.

## Der neue deutsche Botschafter in Washington.

Washington. Die amerikanische Presse bringt Meldungen aus Berlin über die erfolgte Ernennung von Walhahn zum Botschafter in Washington, wobei die meisten Zeitungen Latein über keine diplomatische Laufbahn geben und in freundlicher Form den Anteil hervorheben, den er an der Genoa-Konferenz und bei der Aufnahme des James-Planes durch den Reichstag genommen hat. Public Ledger erwähnt die persönliche Bekanntschaft mit Staatssekretär Hughes. New York World meint, daß die diesjährige Regierung wertvolle Ansichten über die innere Entwicklung des Landes hätte. Andere Zeitungen, wie New York Times, bringen Walhahns Beziehungen zu amerikanischen Korrespondenten; die Times zitiert außerdem aus der Vorläufigen Zeitung, daß von Walhahn der folgende der s. J. verfügbaren deutschen Diplomaten, und aus der Germania, daß er besonders für Washington geeignet sei, weil er als Staatssekretär sich umfangreiche politische Kenntnisse erworben habe. Auch die New Yorker Staatszeitung begrüßt die Ernennung von Walhahn in sehr freundlichen Worten. Im allgemeinen wird dann in der gesamten Presse hervorgehoben, daß der neue deutsche Botschafter eine außerordentlich große diplomatische Schulung durchgemacht habe, große Kenntnisse in Ökonomie besitze, mit fast allen europäischen Staatsmännern persönlich bekannt sei und sein bisheriges verantwortungsvolles Amt während größter Krisenzeiten erfolgreich geführt habe.

New York Times bezeichnet die Ernennung des Staatssekretärs Freiherrn von Walhahn zum Botschafter in Washington als eine Erhebung, die Deutschland diesem als einem der hervorragenden jüngeren Diplomaten seines Landes erweise. Aus Grund seiner Kenntnisse der weiteuropäischen Probleme und seiner Vertrautheit mit der englischen Sprache werde der neue Botschafter für Amerika ein nützlicher Interpret der deutschen Verhältnisse und für Deutschland ein ebensolcher der amerikanischen Stimmung sein. Die schwierige Aufgabe der Neubelebung der alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern werde durch das offene und freundliche Wesen des Freiherrn von Walhahn sehr erleichtert werden. Es sei zu hoffen, daß er aus den Irrtümern seiner Vorgänger aus dem Botschafterposten seine Lehre ziehen und die Ansichten der Deutsch-Amerikaner nicht nur diejenigen der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes halten werde,